

Presseinformation

Nr. 366/2011

Kiel, Freitag, 01. Juli 2011

Aussetzung der Wehrpflicht



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Kirstin Funke: Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wird eine alte liberale Forderung endlich erfüllt

In ihrer Rede zu **Top 49+50+58** (Auswirkung der Aussetzung des Wehrdienstes) sagt die hochschulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Kirstin Funke**:

„Ab heute gilt es: die Aussetzung der Wehrpflicht ist Wirklichkeit. Eine alte liberale Forderung wird mit dieser Reform realisiert. Der Schritt weg von den Pflichtdiensten hin zur Freiwilligkeit ist ein historischer Schritt. Mit der Reform werden die Freiwilligendienste weiter unterstützt und das zivilgesellschaftliche Engagement gestärkt.“ Der Bundesfreiwilligendienst sei durchweg zu begrüßen. Er sei arbeitsmarktnneutral und führe nicht zu einer Verdrängung oder einem Ersatz regulärer Beschäftigung. Positiv sei auch, dass er allen Altersgruppen offenstehe. So könnten auch Ältere ihre Erfahrungen einbringen. Die Jugendfreiwilligendienste, wie das Freiwillige Soziale Jahr oder das Freiwillige Ökologische Jahr, stellten einen weiteren wichtigen Baustein dar, so Funke. Diese Projekte dienten auch für eine Sensibilisierung der Jugendlichen für ehrenamtliche Arbeit und gesellschaftliches Engagement.

„Die Auswirkungen auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt werden auch aufgrund der aktuell guten wirtschaftlichen Lage und der insgesamt relativ entspannten Arbeitsmarktsituation keine großen Probleme darstellen. Mit einer gewissen Besorgnis müssen wir jedoch die zukünftige Situation an den Hochschulen sehen, für die erhebliche Mehrausgaben unabdingbar sind.“ Die FDP-Landtagsfraktion begrüße, dass es für die zusätzlichen Studierenden, die ab dem kommenden Wintersemester auf die Hochschulen zukommen, eine Lösung zwischen dem Bund und den Ländern gegeben habe.

„Ein besonderes Augenmerk möchte ich zum Abschluss noch auf die Stationierung der Bundeswehr legen, die unter strukturpolitischen, aber auch unter Sicherheits- und Katastrophenschutz-Gesichtspunkten zu sehen ist. Wir sollten klarstellen, dass eine weitere Verkleinerung der Präsenz in der Fläche für Schleswig-Holstein eine besondere Belastung bedeuten“, so Funke abschließend.